

NIEDERSCHRIFT Stadt Karlsruhe	Gremium:	8. Plenarsitzung Gemeinderat
	Termin:	3. Februar 2015, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

18.

**Punkt 17 der Tagesordnung: Gute Arbeit für Menschen mit Behinderungen
Antrag der Stadträtin Bettina Lisbach, der Stadträte Michael Borner, Joshua Konrad und Alexander Geiger (GRÜNE) sowie der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion vom 12. November 2014
Vorlage: 2014/0291**

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

keine Abstimmung

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 17 zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

Stadtrat Borner (GRÜNE): Vor bald sechs Jahren, im März 2009, trat in Deutschland die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft. Damit war ein Meilenstein erreicht. Nun gilt es, die Konvention mit Leben zu erfüllen und sie in die Praxis umzusetzen. Das betrifft auch Artikel 27 Recht auf Arbeit und Beschäftigung. Behinderung darf kein Grund sein, von Arbeit ausgeschlossen zu werden. Leider erfüllen bis heute einige städtische Gesellschaften noch nicht die gesetzliche Beschäftigungsquote für schwerbehinderte Arbeitnehmerinnen. Bei der Beschäftigung von Menschen mit Behinderungen haben aber öffentliche Arbeitgeberinnen eine besondere sozialpolitische Vorbildfunktion. Wir freuen uns daher, dass die Stadtverwaltung unsere Meinung teilt. Mit den vier Unternehmen, die die gesetzliche Quote von 5 % für Beschäftigte mit Behinderungen noch nicht erreichen, wird nun ein unternehmensspezifisches Konzept erarbeitet, um künftig die gesetzliche Quote zu erfüllen. Wir werden bei der Angelegenheit weiter am Ball bleiben und uns konstruktiv kritisch in der Sache einbringen.

(Beifall bei den Grünen)

Stadträtin Wiedemann (CDU): Ich kann es nur selten sagen: Wir unterstützen den Antrag der Grünen-Antrag und sind ebenfalls mit der Antwort der Verwaltung zufrieden.

Stadträtin Fischer (SPD): Wir unterstützen nicht nur den Antrag, sondern wir bedanken uns ausdrücklich bei der GRÜNE-Fraktion und ihren Antragstellern für diesen Antrag. Es ist ein kleiner, aber notwendiger Schritt auf dem selbstverständlichen Weg, weiter die Inklusion umzusetzen. Wir möchten uns aber auch bei der Verwaltung bedanken. Es ist erfreulich, dass so viele städtische Gesellschaften die gesetzlich vorgeschriebene Beschäftigungsquote einhalten. Es ist auch erfreulich, dass mit den übrigen Gesellschaften, die die Beschäftigungsquote noch nicht umgesetzt haben, ein unternehmensspezifisches Konzept zur Erfüllung der Beschäftigungsquote erarbeitet wird.

So weit, so gut. Allerdings sollten wir uns hierauf nicht beschränken, sondern auf die Einhaltung der Mindestquote. Wünschenswert wäre zukünftig, unabhängig von der Erfüllung der Mindestquote, eine Strategie zur deutlichen Erhöhung entsprechender Arbeitsplätze. Im Antrag wurde ja auch deutlich darauf hingewiesen, dass der Bedarf zunehmend steigt. Wir brauchen langfristig eine Zusammenarbeit mit Reha-Diensten, mit Behindertenverbänden für alle Arbeitgeber, um im direkten Austausch mit den Arbeitgebern konkrete Arbeitsplatzangebote zu erarbeiten für Menschen mit besonderen Fähigkeiten. Ich freue mich über diesen Anfang und will uns alle auffordern, weiter auf diesem Weg der Inklusion voranzuschreiten.

(Beifall bei der SPD)

Stadtrat Braun (KULT): Behinderte Menschen sind ein wichtiger Teil unserer Gesellschaft. Aufgrund physischer oder geistiger Beeinträchtigung können behinderte und schwerbehinderte Menschen meistens leider nicht jedem Beruf nachkommen. Daher muss das Ziel sein, diese möglichst gut in den Alltag zu integrieren, damit verbunden Ihnen die Möglichkeit geben, einem frei gewählten Beruf nachzukommen. Behinderte haben genug zu meisternde Alltagshürden. So müssen wir dem Defizit gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Teilhabe möglichst für sie nutzbringend entgegenwirken. Ein Konzept soll also erarbeitet werden, das Gesellschaft und Unternehmen, bei denen die Stadt Mehrheitseignerin ist, gerade bei AVG, KBG, KVV und KVD, künftig die Beschäftigungsquote von 5 % für schwerbehinderte Menschen erfüllen zu können. So würde man sich auch die Ausgaben für Ausgleichsabgaben sparen, die im vergangenen Jahr zu einem neuen Höchststand anstiegen und die, wenn es nach mir ginge, eigentlich noch viel höher sein müssten, um mit behindertenorientierter Politik endlich ein eindeutiges Signal zu setzen.

(Beifall aus den Reihen der Grünen)

Sieht man sich die Statistik an, wie viele schwerbehinderte Karlsruher 2010 langfristig noch ohne Arbeit waren, und betrachtet man dann, wie viele es bereits 2014 waren, stellt man einen Anstieg in vier Jahren von fast 27 % fest. Um diesen Anstieg in den kommenden Jahren wieder weitgehend zu reduzieren, bis wir bald den gesetzlichen Anforderungen gerecht werden können, hat die KULT-Fraktion ein eindeutiges Bild zum

Thema. Wir sehen absolut kein Diskussionspotential und gehen den Antrag daher selbstredend mit.

(Beifall bei der KULT-Fraktion)

Stadtrat Jooß (FDP): Die GRÜNE-Fraktion legt eindeutig den Finger in eine offene Wunde. Es ist nicht hinnehmbar, dass die Zahlen so stark ansteigen. Die Zahlen sind natürlich sehr unterschiedlich, wenn ich mir hier die Rubrik der einzelnen städtischen Gesellschaften anschau. Die AVG hat z. B. wesentlich mehr Straßenbahnfahrer als die VBK. Die VBK hat oft mehr Verwaltung, die AVG hat mehr Straßenbahnfahrer. Bei Straßenbahnfahrern kann man nicht so viel Schwerbehinderte einsetzen wie bei den Verkehrsbetrieben, z. B. im Bereich der Verwaltung usw. Deswegen sind die Zahlen sehr unterschiedlich, was auch begründet ist. Zum anderen verstehe ich natürlich nicht die Gesellschaften, dass sie nicht die finanziellen Förderungen in Anspruch nehmen, die für Schwerbehinderte gewährt werden. Von daher ist es für mich unerklärlich, dass sie die Quote nicht erfüllen. Nichtsdestotrotz sind wir dafür, dass die städtischen Gesellschaften daran weiterarbeiten und die Quote entsprechend erhöhen.

Der Vorsitzende: Das war die letzte Wortmeldung. Sie sind mit der Antwort so weit einverstanden und wir würden berichten. Damit können wir den Tagesordnungspunkt abschließen.

Zur Beurkundung:

Der Schriftführer:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten -
24. Februar 2015